

<b>ZU DIESEM HEFT</b>	143	<b>ADB-FORUM</b>	
<b>SCHWERPUNKT</b>			
<i>Helmut Bremer</i> Soziale Milieus und politische Erwachsenenbildung – ein neuer Blick auf ein altes Phänomen	144		Es gibt neue Terrains politischer Bildung, die bespielt werden wollen Ein Gespräch mit Thomas Krüger 204
<i>Klaus Ahlheim</i> Zwischen „Aha-Erlebnis“ und Selbstverständlichkeit – Politische Bildung im biographischen Kontext	152	<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
<i>Achim Schröder</i> Person, Interaktion und politische Sozialisation Über den Bedeutungszuwachs von Lernen am Anderen	158	<i>Austen P. Barndt/Andreas Mann</i> Rassismus und Antirassismus: Migration und Flucht	213
<i>Regina Siewert</i> Politisches Lernen und professionelles Handeln miteinander in Einklang bringen. Biographische Notizen zur eigenen politischen Bewusstseinsbildung	166	<b>METHODEN UND ARBEITSFORMEN</b>	
<i>Carsten Passin</i> Weichenstellungen auf meinem Weg zum politischen Menschen	174	<i>Christian Rapp</i> Mobile bauen – Politik als ein Prozess des Austarierens	217
<i>Heidi Behrens</i> Nur eine Formsache? Taktvolles Handeln in der politischen Erwachsenenbildung	183	<b>INFORMATIONEN</b>	
<i>Stephan Schack</i> Zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung befähigen Das Projekt „Schülervertretungsqualifizierung“	189	Meldungen	221
<i>Raana Gräsle und Candida Splett</i> „The incredible queerness of being“ „Queer Easter“ – Ein Projekt der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein	194	Aus dem AdB	246
		Personalien	260
		Bücher	262
		Markt	274
		<b>IMPRESSUM</b>	282

Thema des nächsten Heftes: Politik und politische Bildung: Kritische Distanz oder Kooperation?

## Es gibt neue Terrains politischer Bildung, die bespielt werden wollen

Ein Gespräch mit Thomas Krüger



Thomas Krüger, Jahrgang 1959, ist seit Juli 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Nach einer Ausbildung zum Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung begann er 1981 mit dem Studium der Theologie und arbeitete nach dessen Abschluss als Vikar in Berlin und Eisenach bis 1989.

Er war Gründungsmitglied der SDP in der DDR im selben Jahr und bis 1990 Geschäftsführer der SDP in Berlin (Ost) und Mitglied der Volkskammer in der DDR. Von 1990 bis 1991 war er erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters Ost-Berlins und Stadtrat für Inneres beim Magistrat Berlin und in der Gemeinsamen Landesregierung.

Mit der Wahl des ersten Gesamtberliner Senats im Jahr 1991 wurde Thomas Krüger Senator für Jugend und Familie. Nach der Bundestagswahl im Herbst 1994 zog er in den Deutschen Bundestag ein, dem er als Mitglied der SPD-Fraktion bis 1998 angehörte.

Thomas Krüger ist Mitglied zahlreicher Gremien und Organisationen und seit 1995 Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

**Ingeborg Pistohl:** Im Zusammenhang mit dem Thema unseres Heftes als erste Frage: Welche Faktoren und Einflüsse waren für Ihre eigene politische Sozialisation entscheidend? An welche Personen, Ereignisse oder Eindrücke erinnern Sie sich in diesem Zusammenhang?

**Thomas Krüger:** Meine politische Sozialisation in der DDR war geprägt von der Opposition in der DDR. Ich engagierte mich in verschiedenen kirchlichen Gruppen, der „Kirche von unten“. Das erste entscheidende politische Ereignis war aber der erste Prozess gegen Robert Havemann. Im Zusammenhang damit wurde ich festgenommen und verhört. Das war der Zeitpunkt, von dem an mein politisches Schicksal in der DDR seinen Lauf nahm.

**Ingeborg Pistohl:** Gab es davor kein Ereignis oder eine Erfahrung, die zu Ihrer politischen Bewusstseinsentwicklung beigetragen hat? Denn Ihre Verhaftung war ja bereits das Ergebnis eines politischen Entwicklungsprozesses.

**Thomas Krüger:** Doch, natürlich gab es auch vorher schon Erfahrungen, die mich politisch berührt haben. Ich erinnere mich an ein Ereignis in meinem eigenen Lebensalltag, an den Tod des Vaters meiner Mutter. Meine Mutter konnte nicht zu dessen Beerdigung nach West-Berlin reisen. So ein Eindruck prägt schon, er vermittelt das Gefühl von Ungerechtigkeit und politischem Defizit. Aber vor allem erinnere ich mich sehr gut an die Zeit in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Ich war damals gerade eingeschult. Und ich habe von den roten Rosen für Mikis Theodorakis in der Schule<sup>1</sup> über den Sechs-Tage-Krieg bis hin zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in Prag 1968 alles sehr bewusst miterlebt. Im Elternhaus und mit Freunden haben wir über diese Ereignisse auch diskutiert. Aber in dieser Zeit habe ich noch nicht politisch bewusst aktiv gehandelt.

**Ingeborg Pistohl:** Und später als Jugendlicher? Hat es dann andere Einflüsse oder Eindrücke gegeben, beispielsweise durch die Rockmusik, die für einen Kollegen von mir, der in der DDR aufgewachsen ist, eine entscheidende Rolle bei der politischen Bewusstseinsbildung spielte?

**Thomas Krüger:** Der Zugang zu dieser Musik spielte eine Rolle. Die DDR war ein unfreies Land. Ich habe sowohl mit der DDR-Rockmusik gelebt als auch die Grenzen mitbekommen, die dabei gesetzt wurden. Richtig prägend war dann aber für mich die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976, auf die wir auch mit verschiedenen Aktionen reagiert haben. Man durfte sich halt nicht dabei erwischen lassen.

**Ingeborg Pistohl:** Die von Ihnen genannten Ereignisse waren auch für die politische Diskussion und Auseinandersetzung in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung. Gibt es denn jenseits der systembedingten Unterschiede auch Gemeinsamkeiten in der politischen Sozialisation junger Menschen in der ehemaligen DDR und der ehemaligen Bundesrepublik? Anders herum gefragt: Was verbindet Sie jenseits parteipolitischer und anderer Differenzen mit Angela Merkel und Marianne Birthler, weil Sie gemeinsame Er-

<sup>1</sup> Mikis Theodorakis: Man darf (...) nicht vergessen, dass ich zu einer ganzen Generation der DDR enge emotionale Bindungen habe, ausgehend von der Kartenaktion zu meiner Befreiung 1967/68 in den DDR-Schulen. Im Athener Gefängnis erreichten mich, dank eines Wärters, mehrere Säcke mit diesen Karten, mit denen ich meine Zelle tapezierte. (Aus einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung, 28. Juli 2005)

fahrungen haben, die Ihre westdeutschen Parteigenossinnen und -genossen nicht mit Ihnen teilen können?

**Thomas Krüger:** Zum ersten Teil der Frage: Inhaltlich gibt es nicht viel Gemeinsames. Die Systeme waren völlig unterschiedlich und entsprechend hat sich auch die politische Sozialisation völlig unterschiedlich vollzogen. Aber wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass sich junge Erwachsene im Prozess des Erwachsenwerdens von bestehenden Strukturen abnabeln müssen, dann lassen sich natürlich Ähnlichkeiten feststellen. Diese Ähnlichkeiten haben dann aber mehr mit dem Initiationsprozess als solchem, mit dem eigenen Erwachsenwerden zu tun. Die Ähnlichkeit besteht darin, dass man von den Strukturen herausgefordert wird und darauf zu reagieren versucht, seinen eigenen autonomen Weg finden will. Das sind natürlich vergleichbare Erfahrungen. Ich habe einmal in einer Diskussion mit einer etwa gleichaltrigen bundesdeutschen Aktivistin der 70er Jahre den Eindruck gewonnen, dass sie sich damals im Vergleich zu mir in der DDR viel mehr als Opfer der Strukturen empfand und darunter in ihrer Arbeit im Westen gelitten hat. Das hat allerdings auch mit unterschiedlichen Mentalitäten zu tun, mit der unterschiedlichen Art, auf Herausforderungen zu reagieren und Fragen entweder zu ideologisieren oder sich Freiräume zu schaffen und beweglich zu reagieren. Wie man damit umgeht, das hängt eben sehr von dem jeweiligen Menschen ab, der politisch aktiv wird, und dabei muss jeder seinen eigenen Weg finden. Mancher leidet eben unter scheinbar absurden banalen Strukturen viel mehr als ein anderer, der unter den Strukturen in einer Diktatur kreative und spannende Formen des Widerstands für sich definiert und entwickelt. Dabei muss aber betont werden, dass die Art, wie man politisch aktiv wird und Widerstand leistet, in einer Diktatur ganz anders ist und auch anders zu beurteilen ist als in einer Demokratie.

**Ingeborg Pistohl:** Wie würden Sie diesen fundamentalen Unterschied beschreiben?

**Thomas Krüger:** Der fundamentale Unterschied besteht darin, dass man in einer Diktatur immer um den Preis der eigenen Freiheit politisch aktiv wird. Das ist anders in einem demokratischen Gemeinwesen. Dort gehört es zum Selbstverständnis, plurale Positionen zu ermöglichen. Nur wenn diese Positionen ein bestimmtes Maß an Radikalität entwickeln und das demokratische Gemeinwesen die damit einhergehenden Aktionsformen, wie beispielsweise bei der RAF, nicht tolerieren kann,

dann werden natürlich Grenzen gezogen. Das kann ich auch absolut nachvollziehen, weil es für mich keinen Widerstand geben darf, der die Vernichtung von Menschenleben legitimiert. In der Diktatur war es eben immer ein Wagnis, bis an die Grenzen zu gehen. Ein simpler Widerspruch beispielsweise im Rahmen einer Veranstaltung der Freien Deutschen Jugend oder in betrieblichen Zusammenhängen konnte zur Folge haben, dass einem sämtliche Türen verschlossen wurden. Er konnte dazu führen, dass man inhaftiert und seiner Freiheit beraubt wurde. Und das ist schon ein gravierender Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie.

**Ingeborg Pistohl:** Wirken sich diese Erfahrungen auch heute noch aus auf Einstellungen gegenüber der Politik und der politischen Bildung? Wir hören ja oft, dass politische Bildung in den neuen Bundesländern ein schlechtes Image hat und immer noch mit der „Staatsbürgerkunde“ in der DDR identifiziert wird. Machen diese unterschiedlichen Erfahrungen unterschiedliche Zugänge zur politischen Bildung in den neuen und alten Bundesländern notwendig?

**Thomas Krüger:** Dazu muss ich erst noch einmal sagen, dass in meiner Generation, die in der DDR gelebt und die DDR erfahren hat, das Bewusstsein von der Begrenztheit der individuellen Freiheit absolut präsent ist. Und wenn wir heute auch in unterschiedlichen Parteien und in unterschiedlichen Zusammenhängen agieren, so folgt aus diesem Bewusstsein von der Begrenzung der individuellen Freiheit in der Diktatur und dem Gestaltungsspielraum in der Demokratie fast überparteilich konsensual, dass wir wertschätzen, was man heute im Verhältnis zu früher an Spielräumen hat. Das ist ein parteiübergreifender Konsens, den man auch in der Ernsthaftigkeit des politischen Agierens immer wieder spürt und auch feststellen kann in der fundamentalen Kritik gegenüber bornierten ideologischen Positionen. Wir wissen eben und haben zu spüren gekriegt, welche Konsequenzen damit einhergehen. Auch das Misstrauen gegenüber überholten ideologischen Positionen kann man bei dem heute aktiven politischen Personal aus der ehemaligen DDR spüren.

Muss politische Bildung heute in unterschiedlicher Weise stattfinden? Ich glaube, sie muss in jedem Fall entschlüsselbar sein, sie muss die Aktivierung der Einzelnen zum politischen Handeln einschließen, und das kann im Detail unterschiedlich aussehen, muss es aber nicht zwingend. Das wird letztlich wieder von den unterschiedlichen Peer Groups,

Zielgruppen, den jeweiligen Generationen abhängen. Politische Bildung kann weder in Ost noch in West davon absehen, dass wir es mit einer Generation zu tun haben, die mit den Medien, mit dem Internet aufwächst. Der kann ich nicht mit einem Seminar- oder Tagungsformat kommen, das in den 70er Jahren noch funktioniert hat. Damit verprelle ich eine ganze Generation, deren Informationsbeschaffung und -verarbeitung völlig anders strukturiert ist. Viel mehr als den Unterschied zwischen Ost und West sehe ich heute den Generationenunterschied. Heute ist das in viel stärkerem Maße ein intermediäres offenes Arbeiten, das Beschaffen von Quellen, deren Verifizierung und Authentifizierung, und die Frage ist, wie man das dann in politisches Handeln übersetzt. Da gebe ich Ihnen allerdings Recht: Dieses Handeln geschieht nach wie vor sehr unterschiedlich, im Übrigen auch in der alten Bundesrepublik sehr unterschiedlich, weil die politische Kultur in einer protestantisch geprägten norddeutschen Region völlig anders aussieht als in einer katholisch geprägten bayerischen, um nur mal zwei Hausnummern zu nennen. Diese Unterschiede merkt man natürlich auch zwischen Ost und West, bedingt zudem durch die unterschiedlichen kulturellen Prägungen, die durch die Zweiteilung Deutschlands ausgelöst wurden. Denken Sie an die Zivilgesellschaft, die naturgemäß in der ehemaligen DDR viel weniger entwickelt ist. So etwas wächst über Jahrzehnte, über Generationen hinweg und ist nicht einfach herzustellen oder zu beschwören. Zivilgesellschaft ist das, was zwischen den Parteien und dem Privaten stattfindet, und das ist in der ehemaligen DDR naturgemäß weniger stark ausgeprägt, ich würde fast schon sagen: anders verfasst. Wenn Sie in den neuen Bundesländern über Politik reden, tun Sie es immer noch und sehr häufig in nachbarschaftlichen Strukturen, das heißt im vorpolitischen oder semipolitischen Raum, also nicht in einem öffentlichen Raum, der als solcher auch nur bedingt existiert. Da ist das politische Gespräch mit den Nachbarn oder beim Bäcker immer noch eine besondere kulturelle Form oder Ausprägung der Kommunikation, die im Westen nicht dem politischen Raum zugeordnet würde.

**Ingeborg Pistohl:** Obwohl politische Meinungsbildung über private Gespräche dort doch auch passiert! Denken Sie an den viel zitierten Stammtisch!

**Thomas Krüger:** Politische Meinungsbildung in den westdeutschen Bundesländern geschieht doch sehr stark über die Parteien und den öffentlichen, zivilgesellschaftlichen Raum.

**Ingeborg Pistohl:** Sie sprechen da jetzt aber doch vor allem von den Aktivbürgern.

**Thomas Krüger:** Ja, aber dieser Bereich ist in den neuen Bundesländern eben nicht so ausgeprägt. In der ehemaligen DDR haben Sie politische Repräsentativstrukturen ohne Parteien, da geht's um die Frage, ob die Freiwillige Feuerwehr oder die Handwerkskammer den Bürgermeister stellt. Das sind andere Ausprägungen kommunaler Politik. Nicht, dass es solche nicht auch im Westen gibt, aber in der Breite ist die Gefahr einer Demokratie ohne Parteien in den ostdeutschen Bundesländern doch viel greifbarer als im Westen. Und das hat für meine Begriffe sehr maßgeblich damit zu tun, dass bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Strukturen nur bedingt, gar nicht oder in anderen Ausprägungen existieren.

**Ingeborg Pistohl:** Wir beobachten doch auch im Westen, dass die Menschen sich von diesen politischen Repräsentativstrukturen zunehmend zurückziehen. Die Parteien finden doch auf der lokalen Ebene oft nicht mehr die erforderliche Anzahl von Kandidaten und Kandidatinnen für die zu besetzenden Posten.

Glauben Sie denn, dass politische Bildung zur Erweiterung des öffentlichen Raumes beitragen könnte?

**Thomas Krüger:** Ich glaube, politische Bildung könnte da eine Menge erreichen. Man merkt doch, dass das politische Interesse heute keineswegs nachlässt; es drückt sich nur anders aus. Politische Bildung vermittelt sich heute nicht mehr hauptsächlich über Multiplikatoren. Politische Bildung kann für die jüngere Generation heute ein Projekt von unterschiedlicher Dauer sein. Jedenfalls lässt sich ein viel stärkerer Projektbezug feststellen, und politische Bildung kommt viel mehr als früher ohne Multiplikatoren aus. Politische Bildung und politische Meinungsbildung finden heute weniger über klassische Vermittlungsformen, sondern viel mehr in offenen Szenarien oder Communities statt. Dabei geht es um das Selbstmanagement bestimmter Zielgruppen, auch kulturell geprägter Zielgruppen, aber nicht mehr um die klassische Informations- und Wissensvermittlung, wie wir sie aus Jahrzehnten politischer Bildung kennen. Da hat sich etwas verändert, da gibt es neue Terrains politischer Bildung, die bespielt werden wollen. Auf die müssen sich die Institutionen politischer Bildung viel stärker als bisher konzentrieren, wenn sie sich legitimieren und im Gespräch bleiben und den Effekt erzielen wollen, den man mit politischer Bildung erzielen will und den man bisher auch erzielt hat:

Nämlich einmal ein Bewusstsein von zeitgeschichtlicher Verantwortung gegenüber der deutschen und der europäischen Geschichte herzustellen und zum anderen aktuelle Themen und Herausforderungen aufzugreifen, zu denen man sich aktiv und aktivierend verhalten muss oder kann. Das ist immer noch die aktuelle Aufgabe politischer Bildung, aber es vermittelt sich heute anders, es adressiert sich anders, es findet anders statt und auch in den Auswirkungen kann man Unterschiede feststellen. Ich erinnere an den vorhin genannten Projektbezug junger Leute, die sich mit Verve und Vehemenz auf ein bestimmtes Thema werfen, es nach fünf Wochen abschließen und sich einem anderen zuwenden, es aber vielleicht nach anderthalb Jahren wieder aufgreifen. Man kann nicht davon ausgehen, dass wir es heute mit unpolitischen Menschen zu tun hätten, sie sind nur anders in ihrem politischen Agieren. Und diese Veränderungen werden nicht präzise genug registriert und man sagt dann, dass wir es mit einer unpolitischen Jugend zu tun hätten. Das ist aber keine zutreffende Beschreibung des gegenwärtigen Zustands. Junge Leute sind nach wie vor hoch politisch, nach wie vor an aktuellen politischen Themen dran, aber sie tun es sehr oft auf andere Weise als früher.

**Ingeborg Pistohl:** Das ja auch nicht zu kritisieren, im Gegenteil, das ist ja sehr erfreulich. Die Frage ist doch, wie dieses Engagement in die Übernahme von politischer Verantwortung über die Beteiligung an kurzfristigen Projekten hinausgeführt werden kann. Wir haben ja vorhin auf den Bedeutungsverlust der politischen Parteien hingewiesen, aber die sind eben nach wie vor die entscheidenden Träger der politischen Willensbildung innerhalb unseres Systems.

**Thomas Krüger:** Die Parteien haben an Wirkkraft verloren, aber das bedeutet ja nicht, dass politische Entscheidungsprozesse verschwinden würden. Die gibt es nach wie vor. Das Problem für die politische Bildung liegt darin, dass man, beginnend mit dem Kindergarten über die Schule bis hin zur Erwachsenenbildung, die Relevanz des Politischen neu handhabbar machen muss. Man hat heute den Eindruck, dass in bestimmten Regionen Deutschlands, namentlich in den neuen Bundesländern – aber nicht nur dort – Politik zu einer Privatveranstaltung wird. Das geht dann nach dem Motto: Das sind ja die Politfunktionäre, die bereichern sich nur, die haben ja kein Interesse am Gemeinwohl. Das ist ein Irrtum, ein Vorurteil, das auch durch die mediale Vermittlung von Politik genährt wird. Durch die politische Bildung muss es aber falsifiziert werden, um Menschen dazu einzuladen, an politischen Ent-

scheidungsprozessen teilzunehmen, sich diese auch selbst zu erschließen, sie kennen zu lernen, sie auch zu hinterfragen, aber nicht in dem Sinne, ob das alles sinnlos sei, denn man kann durch politische Gestaltung sein persönliches Umfeld tatsächlich beeinflussen und mitbestimmen.

**Ingeborg Pistohl:** In einer Ihrer Reden haben Sie gesagt, dass politische Bildung Gegenöffentlichkeit schaffen soll. In anderen betonen Sie die Notwendigkeit, mit den Medien zusammenzuarbeiten. Nun ist das von Ihnen vorhin problematisierte Bild der Politik ja zu großen Teilen durch bestimmte Medien vermittelt worden, es wird durch andere Medien differenziert, aber wie soll sich politische Bildung denn nun in diesem Feld positionieren: Der offiziellen Politik gegenüber, den Menschen gegenüber, mit denen sie es zu tun hat, und schließlich auch den Medien gegenüber, die eine bestimmte Öffentlichkeit prägen? Wo hat politische Bildung da ihren Platz?

**Thomas Krüger:** Ich glaube, dass es keinen Königsweg für politische Bildung gibt. Politische Bildung muss sich ihren jeweils glaubwürdigen Weg bahnen. Wie sie es tut, hängt ab von den Akteuren der politischen Bildung, von denen, die politisches Wissen vermitteln oder dazu einladen, an politischen Prozessen teilzuhaben. Politische Bildung muss das Politische immer komplementär im Blick behalten. Es bringt überhaupt nichts, auf den Zorn auf die Parteiendemokratie so zu reagieren dass man sagt: Wir kümmern uns um dieses Feld gar nicht, sondern tragen die politische Bildung in den zivilgesellschaftlichen Raum hinein und lassen sie sich dort legitimieren. Es wird nur ein Schuh daraus, wenn das komplementär gesehen wird, also beide Perspektiven im Blick behalten werden. Wir brauchen die Parteien, die zur Meinungsbildung beitragen. Beitragen heißt aber auch: Sie tun es nicht alleine, sondern es gibt einen breiten zivilgesellschaftlich verfassten Bereich in der Gesellschaft, der politisch ist, der politische Interessen vertritt und repräsentiert und ebenso zur Meinungsbildung beiträgt. Und diese Pluralität, diese Vielfalt im politischen Geschäft muss sich in politischer Bildung auch widerspiegeln. Überparteiliche politische Bildung ist dabei auch in einer anderen Rolle als eine politische Bildungsarbeit, die einer Partei nahe steht. Zugespitzt gesagt: Die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Konrad-Adenauer-Stiftung decken sich in ihrer Arbeit nicht immer mit der Arbeit der Landeszentralen oder der Bundeszentrale für politische Bildung oder der Arbeit vieler anderer Träger politischer Bildung. Es gibt eben die unterschiedlichen Perspektiven und neben der stark

ausgeprägten politischen Bildungsarbeit der parteinahen Institutionen die überparteiliche Bildungsarbeit als komplementäre Veranstaltung, die das Geschäft erst vervollständigt. Hätten wir nur die politische Bildungsarbeit der Parteien, wäre das zu wenig, weil ein wichtiges gesellschaftliches Treibmittel wie die überparteilich und zivilgesellschaftlich verankerten Aktivitäten dann zu kurz kommen würden. Aber umgekehrt gilt ebenfalls: Wenn man einer politischen Bildungsarbeit das Wort redet, die sich allein gegen Parteien und die Legitimierung der Parteien wendet, dann ist das auch zu kurz gegriffen. Wir brauchen eine lebendige, streitbare Öffentlichkeit, und jeder in der politischen Bildung muss den Weg finden, wie er glaubwürdig seinen Beitrag dazu leisten kann.

**Ingeborg Pistohl:** Neben den parteinahen und überparteilichen Trägern gibt es aber doch auch noch Träger, die sich dadurch auszeichnen, dass sie sich auf bestimmte Fragestellungen konzentrieren, wie beispielsweise die europäische Politik oder die Ökologie, und mit den Kategorien parteilich oder überparteilich gar nicht zu charakterisieren sind, aber zur Vielfalt der Fragen beitragen, über die politisch diskutiert werden muss.

**Thomas Krüger:** Absolut. Sehen Sie allein die rund 340 Träger, deren Arbeit die Bundeszentrale fördert: Da kann man nicht sagen, dass es den Königsweg der politischen Bildung gibt, sondern alle zusammen tragen zu einem Mosaik bei, das die Kompetenz und Bandbreite der politischen Bildung erst zeigt. Ein ökologisch orientierter Träger hat da genauso seinen Platz wie ein friedenspolitisch oder gegen Antisemitismus engagierter. Jeder trägt seinen Teil zu dem bei, was sich ein demokratisches, freiheitliches Gemeinwesen auf die Fahnen schreiben muss: Nämlich die pluralen, demokratischen Positionen insgesamt zum Leuchten zu bringen.

**Ingeborg Pistohl:** Wie sollte sich denn dabei die „Arbeitsteilung“ zwischen staatlicher Bildung, wie sie über die Bundeszentrale und die Landeszentralen und die Schulen vermittelt wird, und der politischen Bildung der so genannten freien Träger gestalten?

**Thomas Krüger:** Ich glaube, dass für diese beiden Komponenten politischer Bildung dasselbe gilt wie für das Verhältnis zwischen der staatlichen politischen Bildung und der politischen Bildung der parteinahen Stiftungen, denn das sind im Grunde Strukturen, die komplementär zueinander gehören. Es macht keinen Sinn für eine Landeszentrale für politische Bildung, nur ihre eigenen Veranstal-

tungen, ihre eigenen Publikationen in den Vordergrund zu stellen, dabei aber die Träger politischer Bildung in den Regionen eines Landes zu vernachlässigen. Dasselbe gilt für die Bundeszentrale für politische Bildung. Es ist ja über Jahre hinweg vernachlässigt worden, politische Bildung als eine gemeinsame Aufgabe, ein gemeinsam sich bedingendes Feld zu sehen. Es ist aber mittlerweile Konsens, dass man nur komplementär und kumulativ diesen Acker bestellen kann. Es macht keinen Sinn, das Eine gegen das Andere auszuspielen. Man braucht einander, wenn es um die Spezifika von Themen, die Regionalität, die Verankerung vor Ort geht. Eine Einrichtung der staatlichen politischen Bildung, die heißt ja nicht ohne Grund Zentrale, hat eher infrastrukturelle Aufgaben, die man vor Ort, in einem kleinen Ort, nicht realisieren kann. Da bedient man sich der Angebote der Zentrale. Aber es gehört eben beides zusammen. Und die regional verankerte politische Bildung ebenso wie die eher infrastrukturellen Angebote der Zentralen und natürlich auch die parteinahen Angebote der politischen Stiftungen machen gemeinsam das besondere spezifische Feld aus, in dem sich politische Bildung in Deutschland etabliert hat und in vielen anderen Ländern mit großer Achtung und Respekt gesehen wird.

Ich finde, wir sind derzeit in einer Situation, in der wir durch Einsparungen dieses stabile und sehr attraktive Feld in Gefahr bringen. Das muss thematisiert werden, und dabei muss man darauf achten, dass dieses komplementäre Feld keine Schlagseite bekommt. Wir sind wieder in einer Situation, in der politische Bildung wegen der geringeren Haushaltsmittel in Frage gestellt wird. Die Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen wurde bereits geschlossen. Vielleicht werden weitere folgen. In dieser Entwicklung manifestiert sich eine schleichende Krise der politischen Bildung. Auf der anderen Seite haben wir es ständig mit öffentlichen Debatten zu tun, ich nenne hier nur die Stichworte Einbürgerungstest, Rütli-Schule in Neukölln, bei denen sich die Frage nach der politischen Bildung stellt. Was ist der Einbürgerungstest denn eigentlich anderes als ein Zeugnis für die Notwendigkeit politischer Bildung? Mich stört, dass wir in eine Situation kommen, in der Politik politische Bildung implizit fordert, die Infrastruktur für diese politische Bildung aber manifest in Frage stellt. Man kann doch nicht davon ausgehen, dass eine Kompetenz für politische Bildung von selbst wächst oder durchs Fernsehen vermittelt wird, und auch die Parteien sind letztlich nicht dazu in der Lage. Wir brauchen wieder einen neuen Konsens der politischen Bildung, und da kann man ab-

warten, dass die Parteien und die Politiker, die auf diesem Feld Verantwortung tragen, die Antwort geben, den kann man aber auch durch eigene Aktivität herstellen, provozieren, zuspitzen. Politische Bildung sollte sich nicht in eine Position des Abwartens begeben. Politische Bildung hat was vorzuzeigen, sie ist selbst in Lern- und Bildungsprozessen unterwegs und aktiv und muss sich deshalb einmischen, auch öffentlich sichtbar machen, dass sie gebraucht wird und etwas leisten kann. Dabei muss klar werden, dass politische Bildung keine deckungsgleiche Veranstaltung mit den jeweiligen Politiken ist, egal welcher Couleur. Politische Bildung ist immer mehr als das, was politische Parteien jeweils zu einer bestimmten Zeit für die sachgerechte Politik erklären. Politische Bildung ist überparteilich, politische Bildung ist kontrovers. Politische Bildung wägt zwischen unterschiedlichen Optionen ab und will den Bürger, die Bürgerin in die Lage versetzen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Und deshalb muss politische Bildung mehr sein als die jeweils exekutierte Politik. Und wenn es dabei nicht zu Konflikten kommt, dann ist das nicht nur ein schlechtes Zeichen für die jeweilige Politik, sondern zuerst ein schlechtes Zeichen für die politische Bildung.

**Ingeborg Pistohl:** Würden Sie damit der Politischen Bildung den schwarzen Peter zurückgeben und von ihr fordern, dass sie sich mehr ins Gespräch bringen muss?

**Thomas Krüger:** Absolut!

**Ingeborg Pistohl:** Bei dem Versuch, die Notwendigkeit politischer Bildung zu begründen, wurde uns ja von politischer Seite auch schon entgegnet, dass Strukturen der politischen Bildung, wie sie in Deutschland entwickelt wurden und, wie von Ihnen vorhin betont, auch große Beachtung im Ausland finden, nicht mehr nötig seien, weil die Demokratie sich in Deutschland mittlerweile etabliert und bewährt habe. Das Beispiel anderer Länder, die sehr viel ältere Demokratien seien, zeige, dass es auch ohne solche Strukturen politischer Bildung gehe. Was würden Sie darauf antworten?

**Thomas Krüger:** Aber schauen Sie doch, immer wenn es eine Krise des Öffentlichen und des Politischen gibt, ist man mit dem Ruf nach der politischen Bildung sofort zur Stelle; ob das nun Hoyerswerda, Solingen oder die Einbürgerungstests sind. Dass Deutschland über die Jahrzehnte zu einer so stabilen Demokratie geworden ist, ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern verdankt sich einer systematischen Orientierung an westlichen

Werten wie Freiheit und Demokratie. Dieser die Verfassung konstituierende und durch sie wiederum ermöglichte Prozess wurde parallel aber auch unterstützt und untersetzt durch politische Bildung. Politische Bildung hat deshalb zum Selbstverständnis Deutschlands als freiheitliche demokratische Gesellschaft viel beigetragen, und wenn das heute auch aus der Rückschau abgehakt erscheinen mag, dann zeigt sich doch in labilen Situationen, dass dieses konstitutive Mitwirken der politischen Bildung vollkommen präsent und absolut up to date ist. Ich finde, dass man redlicherweise der politischen Bildung diesen spezifischen Beitrag heute auch noch zuschreiben muss. In anderen Ländern, die über eine solche Infrastruktur nicht verfügen, fragt man sich, wie beispielsweise jetzt angesichts der Konflikte in Frankreich, was man denn an Instrumentarien, an Netzen hat, um diese Krisen abzufedern. Die in Deutschland existierende Basis, eine dezentral verankerte politische Bildungsstruktur, kann in solchen Fällen eine Menge leisten, sie ist belastbar, sie ist mobilisierbar. Das wird in anderen Ländern sofort gesehen, in denen man trotz der langjährigen demokratischen Erfahrung die Notwendigkeit von Citizenship Education oder Civic Education, sehr wohl wahrnimmt. In der Breite, in der öffentlichen Finanzierung und in der mentalen Präsenz gibt es sie so aber nur in Deutschland.

**Ingeborg Pistohl:** Angesichts der von Ihnen geschilderten Bedeutung des Erhalts von Strukturen politischer Bildung stellt sich die Frage, was diese Strukturen denn der Politik heute noch wert sind. Sie haben vorhin schon einmal auf die Schließung der Landeszentrale Niedersachsen hingewiesen, die ja auch zu dieser Struktur der politischen Bildung gehörte. Gibt es Hinweise auf bevorstehende ähnliche Entscheidungen in anderen Bundesländern?

**Thomas Krüger:** Es gibt jedenfalls Anzeichen für eine grassierende Delegitimierung dieser wichtigen Arbeit, an die Politik offenbar nicht mehr glaubt. Jetzt, wo entscheidende Lücken gerissen werden, wo es fast schon zu spät ist, wird sich die politische Bildung dieser Situation bewusst. Die Bundeszentrale für politische Bildung war ja selber einmal vor einigen Jahren in dieser sehr kritischen Situation, als ihre Arbeitsbereiche und Strukturen evaluiert wurden, und die Institution hat sich damals neu erfunden. Sie hat Felder für die politische Bildungsarbeit erschlossen, namentlich die ganzen digitalen Medien, den Online-Bereich, und innerhalb von ein paar Jahren eine Qualität hergestellt, die inzwischen neue Zielgruppen, neue Nutzer politischer Bildung wieder an dieses System glauben lässt. Das zeigt, wie leistungsfähig politische Bil-

dung sein kann, aber wie notwendig es auch ist, sich in der politischen Bildung didaktisch-metho- disch und inhaltlich permanent neu zu erfinden. Ich würde daher nicht zuerst der Politik den Schwarzen Peter in die Schuhe schieben, sondern an die politische Bildung zuerst die Frage richten: Liegt Ihr in dem, was Ihr da tut, so heute noch richtig, erreicht Ihr die Leute, die politische Bildung brauchen, erreicht Ihr sie mit den richtigen Methoden, mit den richtigen Themen, oder ist es eine Veranstaltung, die sich an die richtet, die ohnehin schon politisch interessiert sind? Aber wie werden die denn dann aktiv, um diese Gesellschaft voran zu bringen? Das ist eine ganze Reihe von brisanten Fragen, die man aufwerfen und mit denen man sich auseinander setzen muss, denn wenn politische Bildung sich einzurichten, sich an bestimmte Strukturen zu gewöhnen beginnt, dann ist es das höchste Alarmzeichen, dass es an der Zeit ist, sich zusammen zu setzen und sich neu aufzustellen.

Politische Bildung muss eine brisante Veranstaltung sein, sie muss am Rande des noch nicht Feststehenden, des Unentschiedenen operieren, politische Bildung muss politische Meinung ja erst erzeugen. Sie muss sich auch selbst zur Disposition stellen, sie muss an Leute ran, die sagen: Politik, nein danke! Politische Bildung muss sehen, wo es brennt. Wenn sie nicht dazu bereit ist, Feuermelder zu sein, zu sehen wo es brennt, sondern sich stattdessen in Räumen aufhält, wo es einem gut geht, wo die Stammkunden immer wieder kommen und die Fragen von vorgestern wieder neu stellen, wo ein „Club der Überzeugten“ gepflegt wird, dann ist doch klar, dass sich die Politik fragt: Was macht Ihr denn da? Mit Euch können wir doch nichts mehr anfangen.

Wir haben jetzt hier mit der ganzen Zuwanderungsproblematik zu tun, mit Islamismus in der Bundesrepublik Deutschland, mit Ehrenmorden, mit den Kulturkonflikten zwischen Einwanderern und autochthoner Gesellschaft, das sind doch die Themen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Und darüber wird entweder im Boulevard-Bereich debattiert oder kontrovers in der Tagespolitik. Da stellt sich die Frage, wo sich politische Bildung an diesen Nahtstellen, an diesen Rissen, befindet. Politische Bildung muss heute in einem ganz wesentlichen Maße aktuelle politische Fragen in ihre Agenda integrieren, muss sich mit solchen Problemen auseinander setzen, auch wenn es unbequem wird und weh tut. Wenn politische Bildung da zeigt, was sie kann, wird man schnell wieder Vertrauen zu ihr schöpfen, und dann wird letztlich auch das Thema der Finanzierung sich wieder an-

ders stellen. Ich glaube nicht, dass die Politik der politischen Bildung gegenüber misswillig gestimmt ist. Sie glaubt nicht mehr an bestimmte Strategien der politischen Bildung; sie ist aber, so habe ich es jedenfalls in den letzten Jahren erlebt, sehr offen, wenn politische Bildung sich selbst bewegt. Es ist eigentlich ein ganz simpler Befund: Wenn jemand erfolgreiche Arbeit leistet, ob nun in der Gesundheitspolitik oder in der Jugendarbeit oder eben in der politischen Bildung, möchte Politik als Ermöglicher oder Unterstützer einer solchen Arbeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wir brauchen alle in unserer Arbeit Politik, und wenn es uns gelingt, Politik als Partner bei einem solchen Prozess der Selbsterneuerung zu gewinnen, habe ich überhaupt kein Problem damit, in der Öffentlichkeit die Verdienste durch politische Unterstützung oder die dafür bereitgestellten Finanzmittel gelten zu lassen. Politische Bildung muss sich nicht selbst als erfolgreich rühmen oder darstellen, das kann ruhig die Politik, die die Ressourcen dafür bereitstellt, selbst tun, egal, welcher Couleur oder welcher Partei. Aber dass dieser Prozess der Selbsterneuerung, des Reformierens auch tatsächlich politisch unterstützt wird, das muss man der Politik auf der anderen Seite auch abverlangen. Wenn man alleine dasteht, und es eigentlich egal ist, was man tut, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.

**Ingeborg Pistohl:** Die Bundeszentrale hat sich unter Ihrer Leitung stark auf die Jugend ausgerichtet. Gibt es auch Angebote, die sich gezielt an ältere Menschen wenden? Schließlich wird die Gesellschaft immer älter.

**Thomas Krüger:** Es gibt einige Modellversuche, politische Bildung auch an ältere Menschen zu adressieren. Aber das steht nicht im Mittelpunkt unserer Strategie. Ältere sind für uns interessant als Multiplikatoren. Investieren wollen wir aber in die jüngere Generation. Da ist politische Bildung auf Dauer notwendig. Bei den Senioren habe ich auch keine Bedenken, dass die zu interessierenden den Weg zu uns finden, sie gehören zu den besten Nutzern unserer Angebote. Wenn ich die Werbung um diese Gruppe verstärken und sie zur Hauptzielgruppe machen würde, könnte ich die Arbeit für die jüngere Generation nicht mehr finanzieren. Ich muss mich bei begrenzten Ressourcen einfach entscheiden, wo ich Prioritäten setze. Und wir haben uns für jüngere Erwachsene als Kernzielgruppe der politischen Bildung entschieden, um unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten dort zu investieren. Das ist eine Entscheidung, für die ich mich im Zweifel in der Öffentlichkeit auch rechtfertigen muss, aber ich steh dazu.

**Ingeborg Pistohl:** Ich möchte noch einmal zurückkommen auf Ihre Bemerkung, dass politische Bildung auch die anspricht, die sowieso schon interessiert sind. Hat politische Bildung denn nicht auch die Aufgabe, für die Übernahme politischer Funktionen zu qualifizieren und damit eben auch solche anzusprechen, die dazu bereit sind und bei denen Interesse vorausgesetzt werden kann? In welchem Maße nehmen denn die Politiker und Politikerinnen heute noch die Möglichkeiten der politischen Bildung zur eigenen Qualifizierung für die von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben wahr?

**Thomas Krüger:** Nach meinem Eindruck nehmen die meisten politischen Repräsentanten eher die Angebote der parteinahen Stiftungen wahr, so habe ich das jedenfalls erlebt. Aber mir fällt zunehmend auf, dass bei hochkarätigen attraktiven Veranstaltungen, auch solchen der Bundeszentrale für politische Bildung, auch Bundestagsabgeordnete dabei sind und dieses Angebot auch zur eigenen Qualifizierung nutzen. Es ist also keineswegs so, dass die parteinahen Stiftungen da ein Monopol haben, auch wenn sie natürlich näher dran sind, denn es geht bei politischer Bildung im parteinahen Bereich schließlich um ganz bestimmte Positionen, die reflektiert werden, und Handlungskonzepte. In der staatlichen politischen Bildung findet das in einem ganz anderen Rahmen statt, da geht es darum, die verschiedenen parteipolitischen Vorschläge zu diskutieren und abzuwägen, um dem Bürger dann ein eigenes Urteil zu ermöglichen. Aber auch Mitglieder von Parteien und politische Repräsentanten sollen sich der Angebote der politischen Bildung wie jeder andere Bürger auch bedienen können. Ich sehe das bei uns insbesondere im Bereich der Publikationen und der Online-Angebote, wo die Bundeszentrale ja ein vielfältiges Angebot unterhält und wir auch eine Kundenstatistik führen.

**Ingeborg Pistohl:** Sie haben vorhin auf die Notwendigkeit verwiesen, dass politische Bildung aktuelle und brennende Themen aufgreifen muss, und soweit ich die Praxis im AdB überblicke, würde ich auch behaupten, dass dies geschieht. Jedoch hat die Erfahrung auch gezeigt, dass dies nicht immer die Unterstützung derer fand, von denen Sie vorhin gesagt haben, dass wir sie brauchen. Gerade Bildungsstätten, die brisante und in der Politik kontrovers diskutierte Themen aufgegriffen und skandalisiert haben, waren der Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen, an die ich mich im Zusammenhang mit der Arbeit verschiedener Jugendbildungseinrichtungen erinnere. Auch wenn es um Experimente mit neuen oder unge-

wohnten Formen geht, stößt man sehr schnell an Grenzen der Akzeptanz. Das geht jetzt auch gegen Ihr eigenes Haus, denn bei dem Versuch der Realisierung neuer Angebotsformen verweist die Bundeszentrale sehr schnell auf ihre Richtlinien, und das führt dann dazu, dass die von der Bundeszentrale geförderten Träger sehen, was die Bundeszentrale selbst alles tut und sich dann fragen, warum sie das bei ihrer Förderung anderen nicht erlaubt.

**Thomas Krüger:** Die Antwort darauf ist ziemlich simpel: Die politische Exekutive erlässt Richtlinien für die Förderung politischer Bildung. Die Bundeszentrale war es, die vor einiger Zeit einen Veränderungsprozess in Gang gesetzt und dabei Deregulierung und mehr Erleichterung für bestimmte Themen ermöglicht hat. Aber sie ist, genau wie die Träger der politischen Bildung, auf diese Richtlinien verpflichtet, und wir können darüber klagen, allein, es nutzt uns wenig. Ich frage mich auch, ob die Tagessätze denn noch so aktuell sind, wenn gleichzeitig Bundesministerien zu Tagessätzen politische Bildung finanzieren, die deutlich über unseren liegen. Das sind strukturelle Probleme, die hier im Bereich der Exekutiven zu diskutieren sind, die noch nicht miteinander abgewogen und zu einer vernünftigen Strukturpolitik weiterentwickelt worden sind. Für meine Begriffe sollte sich die Bundesregierung überlegen, so eine Einrichtung wie die Bundeszentrale als zentralen Dienstleister einzurichten, das macht sie ja auch mit anderen Behörden, wie beispielsweise dem Bundesverwaltungsamt. Heute muss ein Träger der politischen Bildungsarbeit durch unendlich viele Programmrichtlinien durch, um Mittel für seine Angebote akquirieren und seine Arbeit finanziell absichern zu können. Da ist er in europäischen Programmen unterwegs, im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch beim Arbeitsministerium, beim Bildungsministerium, usw. Und wenn dann alle Drittmittelalternativen ausgeschöpft sind, dann nimmt man die restlichen Mittel von der Bundeszentrale und setzt sie für eher unattraktive Veranstaltungen ein. Das ist nicht bei jedem Träger so, aber es ist zur Gewohnheit geworden, nach der mehr oder weniger erfolgreichen Drittmittel-Akquise die Richtlinien der Bundeszentrale sozusagen als Restmittel-Akquise zu nutzen. Das ist für die Bundeszentrale nicht besonders erquicklich und eigentlich für die Träger auch nicht. Wir haben uns deshalb in den letzten Jahren darum bemüht, über Instrumente wie den Runden Tisch, die Festlegung von Themenschwerpunkten, auch die Modellförderung, unter Qualitätsgesichtspunkten das klassische Fördergeschäft der Bundeszentrale voranzubringen. Das geht natürlich nur solange gut,

solange Geld dafür da ist. Es erscheint mir aber zu kurz gegriffen, wenn man sagt, die Bundeszentrale vertritt nur die Richtlinien und macht ansonsten die tollen Projekte selbst. Das widerspiegelt auch nicht mehr den aktuellen Stand. Der ist in den letzten Jahren durch eine gemeinsame Qualifizierung des Gesamtbereichs geprägt und es ist inzwischen ein Standard erreicht, der auch in der Exekutive – ob das nun das Innenministerium oder das Finanzministerium ist – sehr wohl zur Kenntnis genommen wird. Wo gesehen wird, dass man mehr als nur Verwaltungsarbeit tun kann. Über Jahre hin-

weg war das aber leider anders. Die Bundeszentrale hat die Richtlinien hart exekutiert und alles andere war ihr egal. Heute ist es uns keineswegs egal, wie die Trägerlandschaft aufgestellt ist, welcher Output dort realisiert wird, sondern wir sehen die Träger als strukturelle und strategische Partner. Wenn's denen schlecht geht, wird's uns auch bald schlecht gehen, wenn's uns schlecht geht, wird's auch denen schlecht gehen und noch schlechter gehen. Deshalb kann man nur eine Strategie verfolgen, die letztlich beide Bereiche im Blick hat und auch beide Bereiche strategisch und qualitativ voranbringt.